Demonstrationsrecht in Frankreich

Autor(en): **Scheuer, Georg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **50 (1971)**

Heft 9

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-338410

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer

Demonstrationsrecht in Frankreich

Nach der Mairevolte 1968 wurden in Frankreich alle politischen Demonstrationen für unbegrenzte Zeit verboten. Selbst harmlose Kundgebungen der gemässigten Gewerkschaften und Parteien wurden aus Angst, sie könnten von den Linksgruppen zu neuen revolutionären Exzessen ausgenützt werden, untersagt.

Interessanterweise schickten sich die KPF und die von ihr geleitete CGT zunächst ohne viel Widerstand in diese neue Zwangslage. Gerade die KPF und die CGT hatten allerdings am meisten zu befürchten, von der ultralinken Opposition in den eigenen Reihen auf offener Strasse überrundet zu werden. So verzichteten die Kommunisten freiwillig auf ihren traditionellen Aufmarsch am 1. Mai 1969 mit der Begründung, die «Gauchistes» wollten ihnen einen Streich spielen und sie in gefährliche Zusammenstösse mit der Polizei verwickeln.

Mit der Zeit war das Demonstrationsverbot aber immer weniger zu bewerkstelligen. Nach sorgfältigen Beratungen im KPF-Führungsstab und offensichtlich auch im Einvernehmen mit den Behörden wurden 1970 Strassendemonstrationen der KPF und CGT wieder zugelassen, jedoch unter folgenden Voraussetzungen:

1. Der niemals verbotene und stets funktionierende militärisch organisierte Ordnungsdienst der KPF und CGT (kräftige Männer in Zivil mit Armbinden) sorgt bei Demonstrationen für Ruhe und Ordnung während des kommunistischen Umzuges.
2. Polizei ist während dieser Zeit nicht zu sehen, sie verbleibt möglichst unsichtbar in den Nebengassen bis zum eventuellen Einsatz gegen auftauchende «Gauchistes» nach Ende der legalen KPF-Demonstration.
3. Die KPF-Ordner sorgen dafür, dass linksextreme Jugendgruppen, die mit trotzkistischen, maoistischen oder anarchistischen Parolen oder Fahnen heranrücken und sich einzuschleusen versuchen, mit Brachialgewalt abgewehrt und gegebenenfalls der Polizei übergeben werden.

Tatsächlich verliefen einige Demonstrationen 1970 nach diesem Rezept: KPF- und CGT-Funktionäre bemühten sich in einer ersten Phase, ultralinke «Mitdemonstranten» handgreiflich abzudrängen oder in die Flucht zu schlagen und in einer zweiten Phase, nach Beendigung der «friedlichen Kundgebung», direkt der Polizei zu «übergeben».

Dies führte innerhalb der KPF-Jugend und auch innerhalb der CGT zu wachsendem Unbehagen, so dass die kommunistische Führung bei den letzten Demonstrationen auf diese Taktik verzichtete.

Die ultralinken Kohorten waren unterdessen weiter angewachsen und wurden nunmehr «mit Abstand» von der kommunistischen Führung zwangsläufig geduldet.

Die letzten Demonstrationen Ende 1970 und Anfang 1971 – gegen den Burgos-Prozess und gegen die Ausweitung des Indochinakrieges – waren anderseits auch von der Pariser Polizeidirektion offiziell oder stillschweigend zugelassen und spielten sich so ab, dass die erste Hälfte des Aufmarsches hauptsächlich aus KPF- und CGT-Aktivisten und Funktionären bestand – voran die Mitglieder des ZK der KPF und die führenden Persönlichkeiten der CGT. Es folgten dann die noch unter Kontrolle der KPF marschierenden Jugendlichen und Studenten, in ihren Parolen und Gesängen bereits merklich von der ultralinken Stimmung infiziert. Eine KPF-Ordnerkette schloss diese erste Halbzeit.

Die französische Polizei hatte ausdrückliche Weisung, solche Demonstrationen freundlich zu beobachten und erst an einem bestimmten Punkt, beispielsweise an den Seinebrücken aufzuhalten oder umzulenken.

Bald zeigte es sich aber, dass diese Demonstrationen nicht ohne weiteres kanalisiert oder orientiert werden konnten. Seit 1971 veranstalten Linkssozialisten und Linkskommunisten unabhängig von der KPF Kundgebungen und konnten anlässlich der Kommunefeiern erstaunlich grosse Menschenmassen in Bewegung bringen.

Und selbstverständlich wird die neue Parti Socialiste schon gar nicht auf das Demonstrationsrecht verzichten. So ist es kein Zufall, dass sich schon die erste Sitzung des neuen Parteivorstandes der PS vor allem mit den bedrohten demokratischen Freiheitsrechten befasste und den Kampf für die Verteidigung dieser Rechte überhaupt in den Mittelpunkt ihrer Aktion stellt.

Der neue Faschismus im demokratischen Schafspelz etabliert eine spezifische Arbeitsteilung: die saubere Arbeit besorgen die anständigen Massenmedien mit ständiger Demokratiefeier und ebenso ständiger Verteufelung aller systemüberschreitenden radikaldemokratischen Bewegungen. Die etwa noch verbleibende Dreckarbeit: Aufforderung zum physischen Terror gegen diese Bewegungen bzw. dessen Verwirklichung – besorgen die Lütgendorfs bzw. die NDP-Schläger.

Dr. Günther Nenning, Chefredaktor «Neues Forum»